

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 1. Mai erinnert die internationale Gewerkschaftsbewegung an ein trauriges Ereignis in Chicago 1886, wo Gewerkschafter, die für den **8-Stunden-Tag** streikten, erschossen wurden. Am 2. Mai erinnert der Deutsche Gewerkschaftsbund an die **Erstürmung** der Gewerkschaftshäuser durch die Nazis im Jahre 1933. Viele aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kamen in **Konzentrationslager**, und einige wurden **ermordet**.

Arbeitnehmerrechte aus der Weimarer Republik wurden abgeschafft. In den Betrieben herrschte das Prinzip Führer und Gefolgschaft. Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus war die vorherrschende Meinung: **Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!** Man wollte ein demokratisches Staatswesen, und keinesfalls sollte die Demokratie am Betriebstor aufhören.

Ich zitiere aus dem Ahlener Programm der neu gegründeten Christlich Demokratischen Union (**CDU**) in der britischen Zone von 1947: „Der Kapitalismus ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.“ Weiterhin wurden vom der CDU 1947 eine teilweise Verstaatlichung der Großindustrie und starke Mitbestimmungsrechte gefordert. Bekanntlich ist die CDU diesen Ideen nicht lange treu geblieben. Wer sich an die öffentlichen Aussagen der **Wirtschaftsministerin** vor einigen Wochen erinnert, bekommt den Eindruck, als sei das Wirtschaftsministerium der verlängerte Arm von **Wirtschaftslobbyisten** und nicht Teil einer Regierungskoalition.

Aber damals wenige Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs fanden kapitalismuskritische Positionen Eingang ins Grundgesetz. Zu den unveränderlichen Grundsetzen unserer Verfassung gehören nicht nur individuelle Freiheitsrechte, sondern mit Artikel

9 auch die Akzeptanz von **Gewerkschaften**, das **Streikrecht** und die **Tarifautonomie**. Im ersten Jahrzehnt der BRD wurden Arbeitnehmerrechte aus der Weimarer Republik wie der 8 Stunden Tag und die betriebliche Mitbestimmung wiederbelebt. Für die vom DGB organisierten **Kampagnen** „40 Stunden sind genug“ oder „Samstags gehört Vati mir“ gingen Zehntausende auf die Straße. Im Winter 1956/57 organisierte die IG Metall in Schleswig-Holstein einen 16- wöchigen **Streik** unter anderem zur tarifvertraglichen Regelung der **Lohnfortzahlung im Krankheitsfall**. Was zunächst in Tarifverträgen verankert war, wurde über die Schaffung von parlamentarischen Mehrheiten zu gesetzlichen Regelungen. Ausgehend von DGB-Kampagnen, Demonstrationen und Streiks entstand in Deutschland ein **Sozialstaat**, wie ihn das Grundgesetz in Artikel 20 fordert.

Aber seit Mitte der 70-er Jahre versuchen neoliberale Kräfte unter den Leitbegriffen **Deregulierung**, Flexibilisierung und Privatisierung Schutzrechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und die Sicherheit von Arbeitsplätzen aufzuweichen. Die im Jahre 2000 von Unternehmensverbänden gegründete und finanzierte **sogenannte** „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ nimmt unter starkem Einsatz von Lobbyisten Einfluss auf die Abgeordneten in den Parlamenten und auf die Arbeit in den Ministerien mit dem Ziel den **Sozialstaat zu schwächen**. Das tun auch andere Wirtschaftsverbände. Es gibt es Beispiele, wie Lobbyisten direkt in den Büros der Ministerien an Vorlagen für Gesetzesinitiativen arbeiten. Wenn jetzt in Politik und Medien von Entbürokratisierung und der Notwendigkeit von **grundlegenden Reformen** die Rede ist, sollten wir gewarnt sein, denn was wir sehen, ist dass die Unternehmensverbände damit der Rückbau des Sozialstaats meinen. Krisenlasten sollen einseitig von den Beschäftigten getragen werden.

In diesen Wochen steigen als Konsequenz aus Kriegen besonders die **Preise für Energie** massiv. Das wirkt sich unmittelbar auf die Lebenshaltungskosten der Menschen aus. Die ohnehin schon bestehende soziale Spaltung in diesem Land wird sich weiter verschärfen, und die Menschen mit geringen Einkommen werden in **existenzielle** Schwierigkeiten kommen. Die von der Regierung jetzt geplanten Steuererleichterungen können die Preissteigerungen nur zum Teil ausgleichen, und das ist eigentlich der **falsche** Weg, denn von diesen Maßnahmen werden die Reichen mehr profitieren als alle anderen. Und außerdem führt der Verzicht auf Massensteuern dazu, dass noch mehr Druck auf Einsparungen bei den sozialen Systemen entsteht. Das führt zu **Politikverdrossenheit** und lenkt Wählerstimmen nach rechts. Was helfen würde, wäre die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer ohne Ausnahmeregeln und eine wirksame Vermögenssteuer. So etwas gab es immerhin ansatzweise unter der Regierung von Helmut Kohl. Im letzten Jahrzehnt sind durch **Vererbung** kaum vorstellbare zusätzliche Vermögenswerte bei den **oberen 10%** der Bevölkerung entstanden, von denen der Staat – also die Allgemeinheit – nicht profitierte. Deutschland hat in Europa die **zweithöchste** Vermögensungleichheit. Nur in Österreich ist es noch krasser. Mit zusätzlichen Milliarden aus der Besteuerung von Erbschaften könnten ärmere Haushalte gezielt unterstützt werden, was in anderen Ländern auch passiert. Das fordert inzwischen auch die **Mehrheit** unserer Bevölkerung quer durch alle politischen Lager. Wie heißt es in **Artikel 14** unseres Grundgesetzes? „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem **Wohle der Allgemeinheit** dienen.“ Dieser Satz aus dem Artikel 14 der Grundrechte verpflichtet zu politischem Handeln. Wir brauchen also den politischen Willen, um entsprechende Gesetze zu schaffen. Natürlich würden die

üblichen Lobbyisten-Bataillone dagegen Sturm laufen. Aber wir sollten für diese Forderung auf die Straße gehen – nicht nur am 1. Mai – sondern immer wieder. So wie es die Menschen in diesem Land für die Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele seit Jahrzehnten getan haben.

Ebenso müssen wir dagegen Widerstand leisten, dass die geplanten Einsparungen im **Gesundheitswesen** einseitig zu Mehrbelastungen für die Patienten führen, beispielsweise zu höheren **Zuzahlungen** bei Medikamenten. Und zur **Rente** sagt **Merz**, sie werde nur für eine **Grundsicherung** reichen und empfiehlt der jungen Generation sich **Aktienpakete** zu kaufen. Das ist eine unglaubliche **Verhöhnung** von Menschen in prekären Lebenslagen, wo das Einkommen mal eben so reicht!

Die Preise für Energie und andere Lebenshaltungskosten werden weiter steigen. Und deshalb werden die Gewerkschaften in den kommenden **Tarifverhandlungen** darauf reagieren. Aber zur Wirklichkeit gehört, dass in Hamburg nur 37% der Beschäftigten in Betrieben arbeiten, die tarifgebunden sind. Das ist das Ergebnis einer jahrelang geduldeten **Tarifflicht**. Unternehmensverbände haben ihren Mitgliedern eine Mitgliedschaft **ohne Tarifbindung** angeboten, und somit arbeiten viele Menschen in Betrieben nicht nur für weniger Geld, sondern auch ohne den Schutz und die Absicherung von Tarifverträgen. Bundesweit entgehen der gesetzlichen Krankenversicherung durch Tarifflicht **14-16 Milliarden** jährlich. Auch diese neoliberale Methode zur Profitsteigerung muss ein Ende haben. Unternehmen, die nicht tarifgebunden sind, dürfen keine öffentlichen Aufträge mehr erhalten. **Kein Steuergeld für Lohndumping!** Nun hat endlich der Bundestag ein Tariftreuegesetz beschlossen – nur die AfD hat dagegen gestimmt. Und auch der Hamburger Senat hat endlich

für Hamburg ein Tariftreuegesetz auf den Weg gebracht, das für städtische Aufträge gilt. Seit Jahren hat der DGB Hamburg dafür auf den Senat eingewirkt, denn in Hamburg galt das bundesweit **zweitschlechteste** Tariftreuegesetz. Lobbyarbeit kann auch etwas **Gutes** bewirken. Das Gesetz ist deutlich besser als vorher, aber es hat Lücken: Es greift erst bei Aufträgen ab 50 T Euro, bei Bauaufträgen ab 500 T Euro. Der DGB fordert eine Eingriffsgrenze bei 10 T bzw. 50 T. Dennoch könnten diese Gesetze die Tariffucht zügeln.

In diesen Wochen finden bundesweit die Wahlen zu den **Betriebsräten und Personalräten** statt. Mitbestimmung durch Arbeitnehmervertreter in Betrieben geht historisch zurück auf die **Revolution von 1918**, wo für einige Monate in Deutschland Arbeiter- und Soldatenräte regierten. Das erste Betriebsrätegesetz beschloss der deutsche Reichstag im Jahre 1920. Die Nazis haben 1933 die Betriebsräte abgeschafft und in den Betrieben das Prinzip Führer und Gefolgschaft eingeführt. Nach der **Befreiung vom Faschismus** haben die Besatzungsmächte nach ehemaligen Betriebsräten gesucht, um sie als Bürgermeister und in der Verwaltung einzusetzen. In den 50-er Jahren wurden die betriebliche Mitbestimmung über Betriebsräte und später auch die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst über Personalräte gesetzlich verankert. Aber manche **Unternehmer** wollen keine Mitbestimmung und setzen Kolleginnen und Kollegen massiv unter Druck, die Betriebsräte **gründen** wollen. Manche bezahlen **Anwaltskanzleien** dafür, Betriebsräte mit fadenscheinigen Arbeitsgerichtsprozessen zu nerven. So etwas ist **gesetzeswidrig** und muss geahndet werden.

Kolleginnen und Kollegen! Beteiligt euch an den Wahlen zu den Betriebs- und Personalräten. Es sind eure Vertreterinnen und

Vertreter in den Betrieben und Dienststellen. Über Mitbestimmung und Kontrolle setzen sie eure Rechte durch. Setzen wir mit einer hohen Wahlbeteiligung ein Zeichen!

Es geht auch wieder um den **8-Stunden-Tag**. Die Arbeitgeber wollen ihn abschaffen. Und der Bundeskanzler meint, wir müssten „**wieder mehr arbeiten**“, und behauptet: Work-Life-Balance sei ein Luxus, der unseren Wohlstand gefährdet.

Eines muss uns allen klar sein. Wenn der Acht-Stunden-Tag fällt, können Arbeitgeber mehr als 10 Stunden pro Tag anweisen. Es drohen dann sogar Arbeitstage mit bis zu 13 Stunden. Das wäre Politik ohne Sinn und Verstand: 13 Stundentage sind **gesundheitsgefährdend** und **familienfeindlich**. Wir lassen nicht zu, dass Beschäftigte durch unmenschliche Arbeitszeiten verheizt und im schlimmsten Fall sogar um ihre Rente geprellt werden. Deshalb: **Hände weg** vom Acht-Stunden-Tag. Hände weg vom Arbeitszeitgesetz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Harburgerinnen und Harburger, Die Lage ist ernst. Wir sollen länger arbeiten. Gespart werden soll bei denen, die ohnehin wenig haben: Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, Rentner, Geflüchtete und prekär Beschäftigte. Statt solidarischer Lösungen erleben wir **neoliberale** Kürzungen, Angriffe auf Schutzrechte und eine Politik der Spaltung. Bei all diesen Kürzungen steigen die Rüstungsausgaben gewaltig – international und auch in unserem Land. Lasst uns dagegen gemeinsam aufstehen – für eine Gesellschaft, die niemanden zurücklässt, für soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit, Solidarität und ein Europa in Frieden.